

Das polnische Kriegstrauma Katyn: zwischen Instrumentalisierung durch die Kommunisten und Heroisierung der nationalen Opfer durch Polen

Krzysztof Ruchniewicz

8.04.[1940]

3.30 Uhr. Abfahrt vom Bahnhof Kozielsk nach Westen.

9.45 Uhr – Bahnstation Jelenia

9.04.[1940]

Einige Minuten vor 5 Uhr morgens – Wecken in den Gefängniswaggons und Vorbereiten zum Aufbruch. Irgendwohin sollen wir mit dem Auto weiterfahren. Und was weiter?

9.04.

5 Uhr morgens. Vom Tagesanbruch an beginnt der Tag auf besondere Weise. Fahrt mit dem Gefängniswagen in den Zellen (furchtbar!). Wir werden in die Nähe eines Waldes gebracht; es sieht nach einem Erholungsgebiet aus. Dort findet eine genaue Durchsuchung statt. Man nimmt mir die Armbanduhr ab, die gerade 6.30 Uhr (8.30) anzeigt. Ich werde nach meinem Ehering gefragt [...] Man nimmt mir die Rubel, den Gürtel, das Taschenmesser weg ...

Letzte Eintragung im Tagebuch von Major Adam Solski (Pamiętniki znalezione w Katyniu [Die in Katyn aufgefundenen Tagebücher], Wrocław 1990, 105).

I.

Als die Rote Armee gegen Morgen des 17. September 1939 die Ostgrenze Polens überschritt, eröffnete sie einen durch nichts provozierten Krieg gegen Polen, obschon es keine offizielle Kriegserklärung gab. So erfüllte der Kreml die bei der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 1939 übernommenen Verpflichtungen, gleichzeitig aber brach er den Nichtangriffspakt mit Polen aus dem Jahre 1932 und verletzte zahlreiche weitere bilaterale sowie internationale Verträge. Die Niederlage der seit über zwei Wochen gegen die Armeen des Dritten Reiches kämpfenden polnischen Truppen war mit der sowjetischen Invasion endgültig besiegelt. Zu Recht ist dieser Akt von der russischen Forscherin Natalia Lebediewa als Friedensbruch bezeichnet worden. (Lebediewa 1997, 21-50) Angesichts des Überfalls seitens eines

zweiten Aggressors ging die polnische Regierung ins Exil nach Rumänien. Mit ihr verließen Tausende Soldaten und Zivilpersonen das Territorium des polnischen Staates. Viele wollten nicht allein ihr Leben retten, sondern den Kampf an der Seite der westlichen Verbündeten fortsetzen. Im Lande gab es zu dieser Zeit mehrere Widerstandszentren – z.B. Warschau, die Halbinsel Hel, die Modliner Festung, Lemberg. Den polnischen Einheiten wurde befohlen, den Kampf gegen die Russen nur im Falle einer feindlichen Haltung von sowjetischer Seite aufzunehmen – also im Falle des direkten Angriffs oder bei Entwaffnungsversuchen. Zu derartigen Kämpfen kam es sehr oft, wenn auch nicht mit derselben Intensität wie an der deutschen Front, da die polnischen Truppenteile in den östlichen Wojewodschaften, die als sicher galten, den sowjetischen weit unterlegen waren; außer den verstreuten Stützpunkten der Grenztruppen standen hier nur Reserveeinheiten, Einheiten der Nachhut oder die sich in mehr oder weniger geordnetem Rückzug befindenden regulären Heereseinheiten. Während der nächsten Tage verhaftete die Rote Armee ca. 250.000 Kriegsgefangene dieses ‚nicht-erklärten Krieges‘, wie er später genannt wurde. In den nächsten Monaten wurde der Großteil von ihnen ähnlich wie andere Gruppen der Gesellschaft Opfer der repressiven Politik, welche die sowjetischen Machthaber in den besetzten Gebieten anwandte. Angesichts der Intensität und des Ausmaßes müssen diese Gewaltakte als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft werden. Man schätzt, dass über 500.000 Bürger der Zweiten Polnischen Republik vom Herbst 1939 bis zum Sommer 1941 von den unterschiedlichen Formen der Repressionen und Deportationen betroffen waren.¹ Der Großteil von ihnen waren Polen, die nach nationaler und Klassenzugehörigkeit als Hauptfeinde der UdSSR betrachtet wurden. Unter den Bewohnern der östlichen Grenzgebiete kam es zu Massenverhaftungen. Von den insgesamt 100.000 Verhafteten wurde der größte Teil in die sibirischen Lager verbannt, und ca. 18.000 fielen Erschießungen zum Opfer. Aus der Zivilbevölkerung wurden ca. 320.000 Menschen ins Innere der UdSSR deportiert, wo Zehntausende an Hunger, Kälte oder in Folge von Zwangsarbeit starben. Es wurden darüber hinaus sogenannte ‚freiwillig‘, tatsächlich jedoch zwangsweise eingezogene Arbeitskräfte zur Arbeit in den sowjetischen Industriezentren sowie in der Roten Armee – vor allem in den sogenannten Arbeitsbataillonen, in denen ein ähnliches Klima wie in den Lagern herrschte – rekrutiert. Die letzten äußerst blutigen sowjetischen Gewaltakte waren die massenhaften und angesichts der anrückenden deutschen Armee Ende Juni 1941 in Eile vollzogenen Exekutionen von Personen, die sich in Gefängnissen befanden. (Vgl. Popinski/Kokurin/Gurianow 1995)

Zum Symbol der sowjetischen Repressionen aber wurde der Ort, an dem im Frühjahr 1940 bei einer Massensexekution über 4.000 polnische Kriegsgefangene ermordet wurden: Katyn bei Smolensk. Dieser Name ist darüber hinaus untrennbar verbunden mit dem tragischen Schicksal von ca. 15.000 polnischen Offizieren und Polizisten, die im April und Mai 1940 entgegen jeglicher Völkerrechtsnormen vom NKWD ermordet wurden. Dies geschah an drei Plätzen: in dem schon erwähnten Katyn, in Miednoje bei Twer und in Piatichatki bei Charkow. Das Verbrechen von Katyn wurde der

¹ Das Ausmaß der Repressionen konnte jahrelang wegen des Mangels an Quellen und wegen der politischen Einschränkungen allenfalls geschätzt werden. Nach der Öffnung der russischen Archive Anfang der 1990er Jahre stellte sich heraus, dass sie kleiner waren als geschätzt, was das Leiden der betroffenen Personen sowie die Verantwortung der sowjetischen Machthaber auf keinen Fall mindert. Vgl. die Angaben in: Siedlecki 1990; Ciesielski/Hryciuk/Srebrakowski 1994; Jeremina 1997.

Öffentlichkeit schon im Frühjahr 1943 bekannt; auf die Bekanntgabe der zwei anderen Hinrichtungsorte sowie auf ein offizielles Schuldbekenntnis von russischer Seite musste man bis Anfang der 1990er Jahre warten.

Während die Auseinandersetzung mit den Opfern der deutschen Besatzung eines der kontroversten Themen im Nachkriegspolen darstellte, wurde die Erinnerung an die polnischen Opfer stalinistischer Verbrechen jahrzehntlang systematisch verschwiegen. (Ruchniewicz 2003; Borodziej 2006; Kraft 2006; Traba 2006; Madajczyk 2007, 2007/2008; Nijakowski 2008; Garsztecki 2008; Loew 2008) Die neuen kommunistischen Machthaber in der Nachkriegszeit unternahmen keine Bemühungen, die Erinnerung an das stalinistische Verbrechen in den polnischen Kresy (Ostgebieten) der Zweiten Polnischen Republik nach dem 17. September 1939 wach zu halten. Die Diskussionen über die massenhaften Verhaftungen, Deportationen ins Innere der UdSSR und die Exekutionen waren verboten, die Publikation jeglicher Erwägungen dieser Themen wurde durch die allgegenwärtige Zensur verfolgt. Die Erinnerung an diese Ereignisse wurde nur in den Zentren der polnischen politischen Emigration in Paris oder London wach gehalten. (Czapski 1948; Mackiewicz 1949) In dieser Hinsicht hat sich die in Paris von Jerzy Giedroyc herausgebrachte Zeitschrift „Kultur“, später „Historische Hefte“, verdient gemacht.² Große Aktivität auf diesem Gebiet zeichnete sich darüber hinaus das Gen. Wladyslaw Sikorski Institut in London aus. Die Öffentlichkeit in Polen maß den in der freien Welt gesendeten Radiosendungen, die in Polen auf geheime Weise abgehört wurden, große Bedeutung bei. Der Sender „Radio Freies Europa“ widmete der Zeitgeschichte sehr große Aufmerksamkeit, u.a. der Aufklärung der Morde in Katyn. (Grabowska 2002)

Im von den Kommunisten regierten Polen war die Erinnerung an die Ereignisse in den Kresy sowie an die sowjetische Politik gegenüber Polen auf die private Sphäre beschränkt, obschon auch dort – um den Kindern und Enkeln nicht den Start zu erschweren – auf die Diskussionen dieser Themen oftmals bewusst verzichtet wurde. (Ruchniewicz 2006)

Da man die stalinistischen Verbrechen nicht thematisieren konnte, ohne in den Verdacht der Kritik an der herrschenden kommunistischen Partei Polens zu geraten und Repressionen ausgesetzt zu werden, entwickelten sich im halbprivaten Raum oder im Versammlungsschutz der Kirchen Erinnerungsformen, die die Identität Polens als Widerstandsnation wachhielten und die Beteuerungen polnisch-sowjetischer Freundschaft zurückwiesen. Der Heldenkult um die Widerstandskämpfer der Heimatarmee (Armia Krajowa) sind dafür ein Beispiel, jedoch auch der Umgang mit den Opfern der sowjetischen Erschießungen im Wald von Katyn.

Gewisse Diskussionen über das Schicksal der Polen in den Kresy sowie über die polnischen Opfer des Stalinismus nach 1945 kamen in Polen während der politischen Krisen (*przesilen politycznych*) auf, (Madajczyk 2004) so im Jahre 1956, aber auch nach 1976. In unterschiedlichen Auftritten, Manifestationen des Jahres 1956, die zum Zusammenbruch des stalinistischen Systems in Polen geführt haben, wurde in einigen Orten die Forderung zur Revision der polnischen Ostgrenze laut. Da die Erfüllung

2 Zur Bedeutung der Zeitschrift „Kultur“ und ihren Kreis siehe: *Kultura i jej krag 1946-1986. Katalog wystawy czterdziestolecia Instytutu Literackiego* [Die Zeitschrift „Kultur“ und ihr Kreis 1946-1986. Ausstellungskatalog anlässlich des 40. Jahrestages des Instituts für Literatur], Paryz 1987; Korek 1998; Galecki/Kerski 2000 (vor allem die Texte von Andrzej Friszke, Rafal Habielski, Andrzej Stanislaw Kowalczyk, Leszek Szaruga und Jerzy Pomianowski).

dieser Forderung als utopisch galt, wurde das öffentliche Interesse von den Machthabern geschickt auf Heimkehrer und die Aufklärung von Opferschicksalen verlagert – allerdings war Katyn explizit von dieser Aufklärung ausgenommen, der Fokus lag auf Opfern deutscher Gewalt. Dieser selektiven Kriegserinnerung fielen neben den Opfern stalinistischer Verbrechen auch andere Bevölkerungsgruppen, so z.B. die polnischen Juden, anheim. Insbesondere das Thema der Kollaboration mit den deutschen Besatzern gehörte zu den Tabuthemen im Nachkriegspolen. Weiterhin ausgeklammert blieb auch die polnische Widerstandsarmee, da sie im Auftrag der bürgerlichen Exilregierung Polens in London gehandelt und sich damit, erinnerungsgeschichtlich, zwar an der Befreiung Polens, nicht aber an der staatlichen Neufindung beteiligt hatte.

Es ist jedoch festzuhalten, dass die genannten Krisenzeiten jeweils eine offenere Periode des Umgangs mit den Kriegshinterlassenschaften bewirkt hatten. Die letzte Aufklärungswelle von 1976 entwickelte sich – über fliegende Universitäten und Diskussionsrunden in Arbeiterzirkeln – politisch zur Oppositionsbewegung *Solidarnosc*, deren Massenproteste schließlich Mitte der 1980er Jahre den Wechsel in Polen einleiten konnten. In der Schlussphase der kommunistischen Herrschaft ist sogar zu beobachten, wie die Machthaber versuchten, bisher ausgeklammerte Themen vorsichtig für sich zu entdecken; die Ehrung des Marschalls Pilsudski 1988 gehört in diesen Kontext.

Seither sind umfangreiche Untersuchungen zu sogenannten „weißen Flecken“ der polnischen Geschichte durchgeführt worden, zum Teil auch und im Rahmen von Kooperationen mit den Kriegsgegnern. In diesem Zusammenhang kam es nach 1990 auch zur Aufklärung der Erschießungen polnischer Offiziere im Wald von Katyn, die im Folgenden näher beleuchtet werden sollen. Die ‚Katyn-Frage‘, wie dieser ganze Komplex des Verbrechens an den polnischen Offizieren und Polizisten verkürzt genannt wurde, besteht aus zwei Ebenen: Es geht zum einen um die Behandlung polnischer Kriegsgefangener in den Jahren 1939 bis 1940, das Funktionieren der Kriegsgefangenenlager, die Durchführung der Verhöre durch das NKWD mit dem Ergebnis der massenhaften Verhängung von Todesurteilen sowie den Verlauf der Exekutionen selbst. Wichtige Ergebnisse zu diesen Fragen lieferten unabhängige Forschungen. Ein wichtiger Beitrag zur wissenschaftlichen Erforschung des Kriegsverbrechens von Katyn war die fundierte Monografie „*Death in the Forest*“ von Janusz K. Zawodny, einem amerikanischen Professor polnischer Abstammung, die 1962 erschien und in sieben Sprachen übersetzt wurde. (Zawodny 1971) In den folgenden Jahren erschienen dann die Studien von Henri de Montfort (1966) und Louis Fitz Gibbon (1971).

Die zweite Ebene der ‚Katyn-Frage‘ berührt jedoch das polnische Nationalverständnis. Dabei ist zu beobachten, wie sich die Ebenen der Aufklärung über einen längeren Zeitraum hinweg verlagerten. Es handelte sich einerseits um den Kampf um die Aufklärung des Schicksals der hier ermordeten Menschen, der anfänglich durch die polnische Exilregierung und nach dem Zweiten Weltkrieg durch die polnische politische Emigration im Westen geführt wurde, und andererseits um die Bemühungen der UdSSR und der polnischen Kommunisten, die Morde zu verheimlichen und die ganze Angelegenheit aus dem nationalen Gedächtnis zu entfernen. Katyn steht im polnischen Nationalgedächtnis als symbolischer Ort für die Auslöschung der nationalen Führungsschicht, mit deren Führungskraft dem Land möglicherweise das schlimme Schicksal der doppelten Okkupation im Krieg hätte erspart bleiben können. Der Erinnerung kommt dabei nationstabilisierende Wirkung zu.

Im weiteren spreche ich die beiden Ebenen kurz an und werde die neuesten Forschungsergebnisse zum Thema Katyn vorstellen.

II.

Nach dem Angriff der UdSSR auf Polen am 17. September 1939 gerieten ca. 250.000 polnische Soldaten, darunter ca. 10.000 Offiziere, in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Die Sowjetunion hatte bis dahin keine internationalen Konventionen zur Behandlung von Kriegsgefangenen unterzeichnet und verfügte willkürlich über das Schicksal ihrer Gefangenen. Aufgrund einer Entscheidung des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU war nicht die Führung der Roten Armee, sondern das Innenressort oder das NKWD für die polnischen Gefangenen verantwortlich. Internationale Konventionen wurden auch missachtet, als Polen erschossen wurden, die sich bereits ergeben hatten, und Zivilpersonen (Beamte, Richter, Grundbesitzer, politische Aktivistinnen usw.) sowie Polizisten, Reserveoffiziere und sogar Kriegsversehrte in Gefangenschaft genommen wurden.

Aufgrund von Versorgungs-, Transport- und Unterbringungsproblemen lebten die Gefangenen unter sehr schlechten Bedingungen. Zunächst war keinerlei Briefkorrespondenz gestattet. Bei wiederholten Verlegungen wurde den Gefangenen nicht selten ihr wertvoller Privatbesitz gestohlen. Von Beginn an erfolgte eine politische Indoktrinierung, und es wurden detaillierte Karteien über die Inhaftierten angelegt.

Mitte Oktober 1939 befanden sich die meisten Gefangenen in extra für polnische Gefangene errichteten Lagern im Landesinneren Russlands (Ostaškov, Pavlischtschew Bor, Kozielsk, Putyvl, Kozjelschtschina, Starobielsk, Talize, Oranki). Die Sterblichkeitsrate unter den Inhaftierten war aufgrund der schlechten Lebensbedingungen hoch. Mithilfe zusammengetragener Informationen über die soziale Stellung, Nationalität, Beruf, Ausbildung, Parteizugehörigkeit, politische Ämter, Familienstand sowie von Angaben zur Militär- und Berufslaufbahn der Gefangenen suchten die sowjetischen Stellen nach Offizieren und anderen „Volksfeinden“, die sich unter den Soldaten unterer Ränge verbargen und „die antisowjetische Arbeit leisteten, die der Spionage verdächtigt wurden, die der PPS [Polnische Sozialistische Partei], Nationaldemokratie, Sozialdemokratie, Piłsudski-Gruppen oder anderen konterrevolutionären Parteien und Organisationen angehörten“ (zit. nach Głowacki 1998, 184). Bald darauf entschied man, drei Lagern – Ostaškov, Kozielsk, Starobielsk – einen Sonderstatus zu geben, um dort Offiziere, Polizisten und Gendarmen zu internieren. Die Schwierigkeiten, in den übrigen Lagern auch nur ein einfaches Existenzminimum herzustellen, veranlassten die Moskauer Regierung, einen Teil der polnischen Soldaten freizulassen: Im Oktober 1939 erklärte sich das Politbüro bereit, einen Teil der einfachen Soldaten und Unteroffiziere in ihre Heimat zu entlassen, soweit diese auf sowjetisch besetztem Gebiet lagen. Mitte Oktober wurde ein Abkommen zwischen Berlin und Moskau geschlossen, aufgrund dessen auch Soldaten aus dem Westen Polens entlassen wurden. Offiziere waren hiervon jedoch ausgenommen. Sie wurden – unabhängig von Heimort und Status (Berufssoldaten, Reservisten, Pensionierte) – weiterhin festgehalten. Nach Abschluss der Freilassungs- und Verlegungsaktion Ende 1939 verblieben noch immer ca. 40.000 polnische Soldaten in den sowjetischen Lagern, darunter 8.500 Offiziere (Lager in Starobielsk und Kozielsk), 6.500 Polizisten (Ostaškov) und 25.000 einfache Soldaten und Unteroffiziere. Letztere wurden in vier

Arbeitslagern in der Nähe ukrainischer Bergwerke, Stahlhütten und Steinbrüche untergebracht. Ein Teil wurde auch in das „NKWD-Eisenbahnstrafarbeitslager Nord“ in Sjevšeldorlag – einem Teil des „Gulag“ – deportiert und dort beim Bau der Bahnstrecke Kotlas-Workuta eingesetzt. Die übrigen Gefangenen mussten beim Bau von Straßen und Militärflughäfen in Lagern der Region Lemberg (Lwów) arbeiten.

Ende Dezember 1939 befanden sich 15.105 Gefangene in den drei Sonderlagern. Mehr als die Hälfte von ihnen waren Offiziere (56,2 %), den Rest bildeten Polizisten, Gendarmen und andere. Der Anteil der Reservisten unter den Offizieren betrug 55 Prozent. Unter den Offizieren befanden sich 650 ältere Soldaten im Ruhestand, darunter nicht wenige Kranke und Invaliden. Unter den Reserveoffizieren waren Hunderte von Grund-, Ober- und Hochschullehrern, Ingenieure, Ärzte, Juristen, Journalisten, Künstler, Geistliche sowie gesellschaftlich oder politisch engagierte Personen – insgesamt also ein beträchtlicher Teil der damaligen polnischen Elite.

Die Lagerordnung für diese „Spezialkontingente“, wie die Gefangenen bezeichnet wurden, entsprach nicht den internationalen Bestimmungen zur Behandlung von Gefangenen. Erst im November 1939 wurde der Briefkontakt mit Familienangehörigen gestattet. Die Gefangenen wurden häufig verhört und anderen Repressionen ausgesetzt. Ab November 1939 wurden in den Lagern politische Ermittlungskommissionen des NKWD aus Moskau eingesetzt. Die Verletzung internationaler Konventionen veranlasste die Gefangenen zu – vergeblichen – Protesten sowohl bei den Lagerverwaltungen als auch bei übergeordneten Stellen. Die Behörden erklärten, die Genfer Konvention von 1929, auf die sich die Polen beriefen, sei „kein Dokument, das für Sie maßgeblich wäre. Halten Sie sich in ihrer Arbeit an die Direktiven der Abteilung für Kriegsgefangene des NKWD“ (Głowacki 1998, 23).

Aus Sicht der Sowjetregierung führten die Verhöre der NKWD-Ermittlungsgruppen zu dem Ergebnis, die dort inhaftierten Gefangenen seien Fanatiker, die gegen jegliche Umerziehungsversuche resistent seien – sowohl von sowjetischer als auch von deutscher Seite, da die Polen den Willen bekundet hatten, nach ihrer Freilassung aus dem Lager weiter gegen die Invasoren zu kämpfen. Vor dem Hintergrund des NKWD-Materials konnten sich die Insassen der Sonderlager auf keinen Fall Hoffnung auf Entlassung machen.

Allerdings waren die Lager überfüllt, die Versorgung der Gefangenen schwierig, denn die Offizierslager waren finanziell betrachtet defizitär, weil man deren Insassen nicht zu einer umfassenden Arbeitsleistung zwingen konnte, deren Produktivität über den Eigenbedarf der Lager hinausging. Schließlich wurde Platz für finnische Gefangene benötigt, nachdem Ende 1939 der finnisch-sowjetische Winterkrieg ausgebrochen war. Folglich sah sich die Sowjetregierung veranlasst, eine radikale Entscheidung über das Schicksal der Gefangenen in Erwägung zu ziehen. Die Versuche der Sonderermittlungsgruppen, Gefangene für eine Zusammenarbeit mit der UdSSR zu gewinnen, hatten miserable Ergebnisse gebracht. Nachdem man das kleine Reservoir von Personen, die zur Zusammenarbeit bereit waren, ausgeschöpft hatte, war der Rest der Gefangenen in den Augen Moskaus zu überflüssigem Ballast und einer zukünftigen Gefahrenquelle geworden, sollten sie die Gelegenheit zum Frontwechsel bekommen. Da die Polen jedoch Kriegsgefangene – auch wenn dieser Status kaum respektiert wurde – und fremde Staatsangehörige waren, verfuhr Moskau bei der Lösung dieser Frage mit Rücksicht auf das internationale Ansehen der UdSSR äußerst vorsichtig und unter strikter Geheimhaltung. Es gab Schnell- Gerichtsverfahren, und zur

Legitimierung von Urteilen nutzte man außergerichtliche Organe, für die Mangel an Beweisen kein Problem für eine Verurteilung der Angeklagten darstellte.

In der Anfangsphase des Krieges sollte das sogenannte „Sonderkollegium“ (russ. Osoboje Sovieschtschanieje, Abk. OSO) die Urteile fällen. Das Kollegium war 1934 gegründet worden, um Verbrechen gegen die Revolution zu untersuchen. Es konnte zur Verbannung und Lagerhaft bis zu zehn Jahren verurteilen. Als Erstes standen – Ende Dezember 1939 – 6.050 Gefangene aus dem Lager Ostaškov vor dem OSO, überwiegend Polizeibeamte und andere Repräsentanten des Bürgertums. 600 Personen wurden zu Lagerhaft zwischen drei und acht Jahren auf Kamčatka verurteilt. Zu ihrer Deportation kam es jedoch nicht mehr, weil die NKWD-Führung beschloss, das Problem der sogenannten „Freimachung“ der Gefangenenlager auf andere Weise zu lösen. Auf Vorschlag Soprunienkas empfahl Volkskommissar Lavrentij Berija, „alle in den NKWD-Lagern Starobielsk, Kozielsk und Ostaškov inhaftierten Funktionäre von Strafvollzug und Aufklärung, Provokateure, Kaufleute und Großgrundbesitzer in die Gefängnisse zu überführen [...]“ (Lebiediewa 1999, 1166) Offensichtlich sollte ein anderes „Justizorgan“ mit der Angelegenheit beauftragt werden.

Die russische Historikerin Natalia Lebiediewa kommt zu dem Schluss, dass Berija am 26./27. Februar 1940 – möglicherweise nach einem Gespräch mit Stalin – den Plan fasste, das Problem der Gefangenen aus allen drei Lagern zügig und auf einen Schlag zu lösen. Die Lagerleiter erhielten den Befehl, unverzüglich neue Informationen über die Gefangenen zusammenzustellen. Einige Papiere wurden nach Moskau gebracht, wahrscheinlich um sie Stalin als typische Akten politischer „Feinde“ vorzulegen. Anfang März wurden Personaldossiers zusammengestellt, auf deren Grundlage schließlich über die Erschießung der polnischen Offiziere entschieden wurde. Hinzu kamen noch Dokumente über Personen, die in den besetzten polnischen Gebieten inhaftiert waren. Auf diese Dossiers stützte sich Berija in einer Notiz an Stalin vom 3. oder 4. März 1940 (es fehlt das genaue Datum), die diesem am 5. März vorlag. Berija konstatierte:

I. Den NKWD der UdSSR zu beauftragen:

1) die Fälle der 14.700 Personen, die sich in Kriegsgefangenenlagern befinden [...], und

2) auch die Fälle der 10.000 verhafteten Personen, die sich in den Gefängnissen der Westbezirke der Ukraine und Weißrusslands aufhalten [...] in einem Sonderverfahren zu prüfen, wobei als Höchststrafe der Tod durch Erschießung verhängt wird.

II. Die Fälle ohne Vorladung der Inhaftierten und ohne Anklageverlesung zu prüfen [Hervorhebung d. Verf.].

III. Die Prüfung und Aburteilung der Fälle folgenden drei Genossen zu übertragen: Merkulov, Kabulov, Baštakov (Leiter der 1. Sonderaufklärungsabteilung des NKWD der UdSSR). (Snopkiewicz/Zakrzewski 1992, 21-27)

Die erste Seite dieses Dokuments trägt die Unterschriften von Josef Stalin, Kliment Vorošilov, Vjačeslav Molotov und Anastas Mikojan. Aus einer Randnotiz geht hervor, dass auch Michail Kalinin und Lazar Kaganovič ihr Einverständnis erklärten. Die Schlussfolgerung der Berija-Notiz wurde auf der 13. Sitzung des Politbüros des ZK der KpdSU am 5. März 1940 beschlossen und in das Sitzungsprotokoll aufgenommen.

Schon am folgenden Tag begann man mit den Vorbereitungen der Liquidierungsaktion. Die genaue Zusammensetzung der 14.736 zur Liquidierung vorgesehenen Personen zeigt die folgende Tabelle.

Zusammensetzung der Gefangenen in den Lagern Kozielsk, Starobielsk und Ostaškov Ende Februar/Anfang Januar 1940 (Dienstgrad und Funktionen)³

General, Oberst, Oberstleutnant	295
Major, Hauptmann	2.080
Oberleutnant, Unterleutnant, Fähnrich	6.049
Offizier und Unteroffizier der Polizei, des Grenzschutzes und der Gendarmerie	1.030
Gewöhnlicher Polizist, Gendarm, Vollzugsbeamter, Agent des Geheimdienstes	5.138
Beamter, Großgrundbesitzer, Geistlicher, Priester	144

Obwohl das Todesurteil über diese Menschen bereits seit dem 5. März 1940 feststand, wurde es formal von der sogenannten „Trojka“ gefällt. Dabei handelte es sich um ein weiteres außergerichtliches Strafverfolgungsorgan der UdSSR, dem auch die Stellvertreter von NKWD-Chef Berija angehörten. Dadurch, so urteilte die polnisch-russische Expertenkommission von 1993, sollte dem geplanten Vorgehen in den Augen der Ausführenden der Anschein von Rechtsstaatlichkeit verliehen werden.

Die Entscheidung verletzte nicht nur die internationalen Vereinbarungen über den Status von Kriegsgefangenen. Sie war per se rechtswidrig, denn die Polen wurden auf Grundlage sowjetischen Rechts für „Verbrechen“ verurteilt, die sie angeblich vor 1939 auf polnischem Territorium begangen hatten. Somit wurde nicht nur gegen das Rückwirkungsverbot verstoßen, man übertrug auch sowjetisches Recht auf das Gebiet des unabhängigen polnischen Staates.

Die Verurteilten wurden in Gefängnisse in Kiev, Charkov und Cherson gebracht, wo sie schließlich getötet wurden. Die Gefangenentransporte gingen zwischen dem 1. April und dem 19. Mai 1940 ab und wurden von Einheiten des NKWD eskortiert. Sie führen in interne NKWD-Gefängnisse in Charkow und Kalinin (heute Tver) sowie zum Bahnhof Gniezdovo bei Smolensk nahe Katyn. Die Opfer waren sich fast bis zum letzten Augenblick nicht über ihr Schicksal im Klaren. Viele gaben sich der Hoffnung hin, sie kehrten zu ihren Familien zurück. Die Generäle wurden sogar feierlich mit Orchester verabschiedet. Im Wald von Katyn wurden die Verurteilten, die an den Händen aneinandergefesselt waren, vor einem Graben, der als Massengrab diente, mit einem Schuss in den Hinterkopf getötet. Dabei verwendete man deutsche Pistolen vom Typ Walther und Munition, die in den dreißiger Jahren importiert worden waren. Verwundeten gab man einen Gnadenstoß mit dem Bajonett. Jüngere Opfer wurden mit Schnur oder Stacheldraht gefesselt. Die Soldaten wurden in ihren Uniformen mit angelegten Orden getötet. Dokumente, Impfpässe, Briefe, Zeitungsausschnitte und persönliche Notizen hatte man ihnen belassen, daher war es später möglich, die meisten Leichen aus Katyn zu identifizieren. Unter ihnen befand sich auch die Leiche einer Frau; es handelte sich um Anna Lewandowska, Oberleutnant der Luftwaffe.

³ Notiz L. Berijas für Genosse Stalin, in: Snopkiewicz/Zakrzewski 1992, 23.

Die Leichen wurden sorgfältig in Massengräbern bestattet. Auf ähnliche Weise wurden wahrscheinlich auch die Opfer aus den beiden anderen Lagern begraben, die in Piatichatk bei Charkov und Miednoje bei Tver liegen. In Charkov bzw. Tver erschoss der Henker die Polen nicht vor den Gruben im Wald, sondern in den Kellern der NKWD-Gefängnisse. Anschließend wurden die Leichen auf Lastwagen verladen und zu den Begräbnisstätten gebracht. Nach Abschluss der Operation wurden junge Kiefern auf den Gräbern gepflanzt. Die beteiligten 143 NKWD-Funktionäre, die die Erschießungen durchgeführt hatten, erhielten Belobigungen und Vergünstigungen, auch Geldprämien; außerdem wurden ihnen zu Ehren Bankette veranstaltet.

Wie aus Notizen des KGB-Chefs Alexandr Šelepın vom März 1959 hervorgeht, wurden im April und Mai 1940 insgesamt 21.857 „Personen aus dem ehemaligen bürgerlichen Polen“ erschossen, darunter 4.421 Gefangene aus Kozielsk, 3.820 aus Starobielsk und 6.311 aus Ostaškov. Weiterhin wurden 7.305 Häftlinge aus dem Westen Weißrusslands und der Ukraine erschossen, also weniger als am 5. März 1940 angegeben. Ungefähr 400 Häftlinge ließ man am Leben; sie wurden im Lager Pavlischtschy Bor untergebracht. Hierbei handelte es sich um Personen, die sich während der Verhöre im Herbst 1939 zur Zusammenarbeit mit der UdSSR bereit erklärt hatten (u. a. Oberst Zygmunt Berling, der dann 1943 Kommandeur der Kościuszki-Division wurde), aber auch um Personen, die zwar als Feinde eingestuft wurden, die aber wertvolle Informationen oder Fähigkeiten besaßen, von denen man hoffte, sie später nutzen zu können (z. B. Geheimdienstler, Experten auf verschiedenen Gebieten). Man verzichtete auch auf die Tötung von Personen, in deren Fällen die deutsche und litauische Regierung interveniert hatten.

Die polnische Gesellschaft und insbesondere deren Eliten erlitten durch das Verbrechen von Katyn einen gewaltigen Verlust. Das Militär verlor 45 Prozent des Offizierspersonals seiner Landstreitkräfte; der Schaden für die polnische Wissenschaft, das gesellschaftliche und politische Leben und den Staatsapparat waren ebenfalls enorm. Die Folgen des sowjetischen Vorgehens sind vergleichbar mit der Vernichtung der polnischen Eliten durch das Dritte Reich, der 3.500 herausragende Vertreter der polnischen Gesellschaft zu Opfer fielen, die zwischen Mai und August 1940 im besetzten Generalgouvernement erschossen wurden.

III.

Nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR am 22. Juni 1941 fand sich Moskau in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition wieder; am 31. Juli 1941 wurde ein polnisch-sowjetisches Abkommen unterschrieben, aufgrund dessen alle zu Deportation oder Lagerhaft verurteilten Polen amnestiert wurden. Gleichzeitig begann man, auf dem Territorium der UdSSR eine polnische Armee aufzustellen. Der Kern des Offizierskorps sollte dabei aus ehemaligen amnestierten Gefangenen der drei Sonderlager bestehen. Es zeigte sich jedoch, dass nicht so viele amnestierte Offiziere zu der neuen Armee stießen wie geplant. Die polnische Regierung nahm an, das Amnestieabkommen werde in Bezug auf die Offiziere nicht angewendet. Die Leitung der polnischen Armee in der UdSSR bildete eine Sondereinheit unter Rittmeister Józef Czapski, die die Vermissten ausfindig machen sollte. Bald darauf präsentierte er der Sowjetregierung eine Liste mit mehreren Tausend vermissten Offizieren, erhielt jedoch lediglich zur Antwort, alle Offiziere seien bereits freigelassen worden.

Auch General Władysław Sikorski, Oberbefehlshaber der bürgerlichen polnischen Truppen und Premierminister der polnischen Exilregierung in London, erhielt bei einem Treffen mit Stalin im Dezember 1941 keine konkrete Antwort: Stalin spekulierte nur, die Gefangenen könnten in die Mandschurei geflohen sein.⁴ Im März 1942 schließlich teilte man der polnischen Exilregierung lakonisch mit, die gesuchten Offiziere hielten sich eventuell auf deutsch besetztem Territorium auf. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen verschlechterten sich daraufhin im Laufe des Jahres 1942 deutlich. Ab Anfang 1943 waren die Beziehungen zwischen der polnischen Exilregierung und der sowjetischen Regierung auf einem Tiefpunkt angelangt.

Am 13. April 1943 gab ein deutsches Kommuniqué die Entdeckung von Massengräbern polnischer Gefangener im Wald von Katyn bekannt. Die Exilregierung richtete daraufhin eine Note an die Sowjetregierung, in der diese um eine Stellungnahme gebeten wurde. Moskau nahm dies zum Anlass, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen, und warf den Polen Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich vor; die diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und der polnischen Exilregierung London endeten am 26. April 1943.

Die deutschen Feststellungen über die Ermordung der polnischen Offiziere stützten sich auf Exhumierungsergebnisse einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Professor Gerhard Buhtz. Sie bestätigten, dass in den Gruben Leichen von über 4.000 polnischen Offizieren lagen. Die Ergebnisse wurden von der Sowjetunion zurückgewiesen. Am 15. April 1943 reagierte Radio Moskau mit einem Kommuniqué, in dem die Deutschen beschuldigt wurden, das Verbrechen begangen zu haben. „Die Goebbelschen Verleumder verbreiten in den letzten zwei bis drei Tagen schändliche, verleumderische und lügnerische Erfindungen“ – war in der Erklärung des Sowjetischen Informationsbüros am Tag danach zu lesen. „In ihnen wird behauptet, dass im Frühjahr 1940 im Raum Smolensk massenhaft polnische Offiziere durch sowjetische Organe erschossen worden wären. Die deutsch-faschistischen Schurken schrecken in ihrer neuerlichen und ungeheuerlichen Erfindung nicht vor unverschämten und niederträchtigen Lügen zurück, um damit unerhörte Verbrechen, die, wie jetzt offensichtlich ist, von ihnen selbst begangen wurden, zu vertuschen.“⁵ Die polnische Regierung beschloss, das Internationale Rote Kreuz mit einer Untersuchung zu beauftragen, um die Umstände des Verbrechens aufzuklären. Dies wurde ebenso wie ein ähnlicher deutscher Antrag vom Internationalen Roten Kreuz zurückgewiesen, das sich nicht instrumentalisieren lassen wollte. Längst war Katyn zu einem Symbol mit politischem Gewicht geworden.

Doch es gab eine quasi internationale Untersuchung. Ab Ende April erfolgten mit deutscher Genehmigung zahlreiche Exhumierungen durch eine international und mit Polen besetzte Expertenkommission. Deren Mitglieder hatten unbeschränkten Zugang

4 „Gen. Stalin antwortet“, notierte man in dem Gesprächsprotokoll zwischen Josef Stalin und Władysław Sikorski am 3. Dezember 1941, „dass alle Polen, die inhaftiert waren, nach der Amnestie befreit worden waren. Möglicherweise sind einige von ihnen immer noch vor ihrer Entlassung irgendwohin geflohen, zum Beispiel in die Mandschurei. Ich möchte“, sagte Gen. Stalin, „dass Herr Sikorski fest davon überzeugt ist, dass wir keinerlei Absicht haben, auch nur einen einzigen Polen zu inhaftieren ...“. Protokoll des Gesprächs zwischen Josef Stalin und Władysław Sikorski am 3. Dezember 1941, in: Kaiser 2002, 312.

5 Erklärung des Sowjetischen Informationsbüros zur deutschen Verlautbarung über die Erschießung polnischer Offiziere in Katyn, in: „Iswiestija“, 16. April 1943. Zit. nach Gerd Kaiser 2002, 346.

zu allen Tausend Leichen, die bis dahin exhumiert worden waren. Die Arbeiten dauerten fünf Wochen; sie wurden am 7. Juni 1943 abgebrochen, weil die Front näherrückte. Insgesamt wurden 4.143 Leichen exhumiert. Die Deutschen veröffentlichten am 10. Juni 1943 ein ausführliches Kommuniqué; einen Bericht ähnlichen Inhalts erarbeitete das Polnische Rote Kreuz. Man kam übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass das Verbrechen im Frühling 1940 begangen worden war. Im Mai 1943 zeigte man auch einigen gefangenen westalliierten Offizieren den Schauplatz des Verbrechens.

Der große Widerhall, den das Verbrechen auslöste, beunruhigte Stalins Partner in der Anti-Hitler-Koalition. Zwar zweifelte man in Washington und London nicht an der Schuld der UdSSR, dennoch ließ man sämtliches Material zum Thema Katyn geheim halten, um die Einheit der Anti-Hitler-Koalition nicht zu gefährden.⁶ Offiziell erkannte der Westen die sowjetische Version an, obwohl Polen seit 1939 ein Verbündeter des Westens im Kampf gegen Hitler war. Das Verhalten der westlichen Regierungen in dieser für Polen so wichtigen Frage entsprach keineswegs den Erwartungen der polnischen Exilregierung. Stattdessen ordneten sich die Großmächte in ihrer Haltung gegenüber Moskau vollkommen den bündnispolitischen Erfordernissen unter. Auf die polnische Exilregierung wurde Druck ausgeübt, damit diese Katyn nicht öffentlich thematisierte. In Großbritannien erscheinende polnische Publikationen wurden entsprechend zensiert.

Stattdessen wurde die von der Sowjetunion angebotene Gegendarstellung angenommen. Anfang 1944 stützte ein Bericht des sowjetischen Wissenschaftlers N. N. Burdenka, der die Gräber von Katyn im Januar 1944 zusammen mit einer Kommission untersucht hatte, die offizielle Version Moskaus, nach der die Deutschen die Polen zwischen September und Dezember 1941 ermordet hätten. Die Burdenka-Kommission bestand allerdings ausschließlich aus Sowjetbürgern; die neuerliche Exhumierung wurde in großer Eile durchgeführt. Auch eine Delegation der kommunistisch kontrollierten polnischen Armee veröffentlichte eine Erklärung, in der ebenso die Deutschen verurteilt wurden. (Zawodny 1989, 139 ff.) Trotz offener Fragen akzeptierten Washington und London den Burdenka-Bericht als endgültige Aufklärung des Falls.

Dennoch gelang die sowjetische Instrumentalisierung Katyns nicht über den Tag des alliierten Sieges hinaus. Beim Internationalen Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1945 setzte die UdSSR das Verbrechen von Katyn zwar zunächst mit auf die Liste der NS-Verbrechen. Als Ungereimtheiten auftauchten, entschied das Gericht jedoch, den Fall nicht weiter zu verhandeln. Bei der Urteilsverkündung wurde das Verbrechen von Katyn nicht mehr erwähnt. (Basak 1993)

Obwohl die Schuld der UdSSR offensichtlich war, bemühten sich die Westmächte in den ersten Nachkriegsjahren, die Angelegenheit zu vertuschen und totzuschweigen. Entsprechendes Material wurde weiterhin geheim gehalten. Im kommunistisch regierten Polen bemühte man sich ebenfalls, das Schicksal der Gefangenen in Vergessenheit geraten zu lassen. Zwar gab es in Polen unmittelbar nach 1945 Vorbereitungen zu einem Prozess, der die Schuld der Deutschen untermauern sollte, aber aufgrund des

6 So u. a. einen Bericht des britischen Botschafters bei der polnischen Regierung, Owen O'Malley.

sowjetischen Vetos wurde diese Idee sehr schnell verworfen.⁷ Jegliche Versuche, an diesen Mord zu erinnern, wurden untersagt. Die Personen, die die Wahrheit über Katyn verbreiteten, mussten mit den Repressalien des kommunistischen Staates rechnen. Die Erinnerung an die ermordeten polnischen Soldaten konnte nur in den Familien gepflegt werden. Mit der Dokumentierung des Kriegsverbrechens von Katyn befassten sich ausschließlich Kreise der polnischen Emigration im Westen. In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg erschienen die ersten Publikationen, die den Mord an polnischen Offizieren und Soldaten aufklären sollten (Czapski 1945; 1949; Mackiewicz 1949).

Mit der Intensivierung des Kalten Krieges änderte sich auch das politische Klima um den Fall Katyn. Ein weiteres Mal wurde das Verbrechen nun von den Großmächten instrumentalisiert; allerdings ermöglichte es der Ost-West-Konflikt, dass westliche Medien nunmehr frei über den Mord berichteten. 1951/52 tagte ein Sonderausschuss des US-Kongresses, der 81 Zeugen hörte (u. a. Mitglieder der internationalen Expertengruppe, die 1943 in Katyn gearbeitet hatte). Schließlich stellte er fest, an der Schuld der UdSSR könne kein Zweifel bestehen.⁸ Die Volksrepublik Polen und die UdSSR reagierten darauf mit einer von oben gesteuerten Protestaktion. Das Organ der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, „Trybuna Ludu“, brachte auf der ersten Seite die Erklärung der polnischen Regierung mit dem vielsagenden Titel heraus: „Die polnische Nation verurteilt mit Empörung die zynische Provokation der amerikanischen Imperialisten, die den tragischen Tod von tausenden polnischen Bürgern in Katyn ausnutzen“. In der Erklärung wiederholte man erneut die sowjetische Version über die deutsche Verantwortung für das Katyn-Massaker.⁹ 1953 erschien die Publikation von Bolesław Wójcicki „Die Wahrheit über Katyn“. Der Leser findet in dieser Publikation keine Aufklärung des Falls Katyn, Wójcicki griff stattdessen die Vereinigten Staaten und ihre Politik an. Er warf ihnen Geschichtsklitterung vor und betonte noch einmal, für das Massaker seien die deutschen Einheiten verantwortlich gewesen. Wie es zu erwarten war, erfreute sich diese Publikation großer Popularität in der polnischen Gesellschaft und verschwand sehr schnell aus den Buchhandlungen. Nicht alle Polen waren mit der Version von Wójcicki einverstanden. In der Universitätsbibliothek in Wrocław (Breslau) befindet sich ein Exemplar des Buches von Wójcicki, auf dessen Umschlag folgendes Kommentar zu lesen ist: „Achtung!!! Dieser Herr ist ein Trottel, hiermit möchte ich das an Ort und Stelle bestätigen.“

Das Schicksal der Kriegsgefangenen blieb stets eine offene Wunde in den polnisch-sowjetischen Beziehungen. Das „Tauwetter“ in Polen im Jahre 1956 und die Übernahme der Macht durch den Kommunisten Władysław Gomułka veränderte nicht die Behandlung des Problems ‚Katyn‘. Es kam zwar zur Unterschreibung des neuen polnisch-sowjetischen Abkommens und zur Aufnahme der Repatriierung der Polen aus der UdSSR; das Thema Katyn wurde jedoch nicht angesprochen, sondern mit

7 J. Zawodny 1989, 140. Das Thema dieses Prozesses griff der polnische Schriftsteller, Włodzimierz Odojewski in seinem Roman „Katyń. Milczący, niepokonani“ [Katyn. Schweigende, Unbesiegte] (Warszawa 2007) auf.

8 Vgl. The Katyn Forest Massacre: Hearings before the Select Committee to Conduct an Investigation of the Facts. Evidence and Circumstances of the Katyn Forest Massacre. Washington 1951-1952.

9 Naród polski z oburzeniem potępia cyniczne prowokacje imperialistów amerykańskich żerujących na tragicznej śmierci tysięcy obywateli polskich w Katyniu. Oświadczenie rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, „Trybuna Ludu“, 1 marca 1952, S. 1. Siehe ferner Arski 1952; Infeld 1952, Szalewski 1952.

Schweigen übergangen. In der Literatur kann man Äußerungen finden, dass Nikita Chruschow dem polnischen Parteisekretär Gomulka Ende der 1950er Jahre vorgeschlagen hat, den Fall ein für alle Mal zu klären und die ganze Schuld Stalin in die Schuhe zu schieben, aber Gomulka lehnte diesen Vorschlag ab. „Für uns ist das eine wichtige, ernsthafte Sache“ – notierte der langjährige Leiter der polnischen Abteilung beim ZK der KPdSU, Piotr Kostikov – „und es passt nicht, über sie auf Versammlungen zu diskutieren. Das könnte Kettenreaktionen hervorrufen. Er reicht nicht, Stalin schuldig zu erklären. Die Menschen fragen nach den Einzelheiten. Wo liegen die Offiziere begraben? Alle in Katyn? Wo sonst noch? Seid ihr bereit, auf alle diese Fragen der Familien zu antworten? Nein? So kann man, Nikita Chruschow, diese Frage nicht erledigen.“¹⁰

Dieser angebliche Vorschlag hinderte den sowjetischen Parteisekretär nicht, die verbliebenen Katyn-Akten bis auf einzelne Schriftstücke vernichten zu lassen. „Für die sowjetischen Organe“, so war in der Notiz des Vorsitzenden des KGB bei der Regierung der UdSSR, A. N. Schelepin, für den ersten Parteisekretär, Nikita Chruschow, vom 3. März 1959 zu lesen, „besteht weder für all diese Unterlagen ein operatives Interesse noch haben sie einen historischen Wert. Es ist wenig wahrscheinlich, dass sie für unsere polnischen Freunde von wirklichem Interesse sind. Im Gegenteil, irgendeine unvorhergesehene Unvorsichtigkeit kann zur Aufdeckung der durchgeführten Operation führen, mit allen für unseren Staat unerwünschten Folgen. Dies um so mehr, da bezüglich der im Wald von Katyn Erschossenen eine offizielle Version besteht. Sie wird durch die auf Initiative der sowjetischen Machtorgane 1944 durchgeführten Untersuchungen bestätigt [...] Entsprechend den Schlussfolgerungen dieser Kommission werden alle dort liquidierten Polen als durch die deutschen Okkupanten vernichtet betrachtet. Die Materialien der Untersuchung wurden seinerzeit intensiv in der sowjetischen und der ausländischen Presse behandelt. Die Schlussfolgerungen der Kommission sind fest in der internationalen öffentlichen Meinung verankert.“ (Kaiser 2002, 354) Die aufgehobenen Dokumente wurden als streng geheim eingestuft, sie durften nur von den nachfolgenden Parteisekretären eingesehen werden. In den nächsten Jahrzehnten wurde die Katyn-Frage nicht mehr behandelt.

1971 kehrte die Katyn-Frage auf die politische Bühne zurück – beide Kammern des britischen Parlaments debattierten über das Verbrechen und die Möglichkeit, die UNO mit seiner Untersuchung zu beauftragen. In den siebziger Jahren begannen sowjetische Dissidenten, sich für Katyn zu interessieren. In Polen befasste sich die demokratische Opposition mit dem Fall; im Untergrund erschienen Bücher zu dem Thema; in Kirchen und auf Friedhöfen wurde der Ermordeten gedacht. (Łojek 1989; Madajczyk 1989; 1990)

Die Perestrojka und der politische Wandel im Ostblock bedeuteten schließlich die Wende auch für den Fall Katyn. Nachdem gegen Ende der achtziger Jahre bereits eine Reihe „weißer Flecken“ in der Geschichte der UdSSR aufgedeckt worden waren, änderte sich das politische Klima insoweit, dass die Wahrheit über Katyn ausgesprochen werden konnte: Obschon es zur Gründung einer polnisch-sowjetischen Historikerkommission gekommen ist, die eine Debatte über das sowjetische Verbrechen

10 Zit. nach: Piotr Oseka, Kłamstwo specjalnego znaczenia [Die Lüge und ihre besondere Bedeutung], „Gazeta Wyborcza“, 16.09.2007.

einleiten sollte, wagte sich die polnische kommunistische Macht nicht, diese Frage zum Abschluss zu bringen.

Das Jahr 1989 bedeutet eine wichtige Zäsur nicht nur in der polnischen Nachkriegsgeschichte, sondern auch im Prozess der Wiedergewinnung der historischen Erinnerung der Polen. Es wurde vor allem die Beseitigung der sogenannten „weißen Flecken“ fortgesetzt. In den nächsten Jahren setzte eine rege wissenschaftliche Beschäftigung mit diesen Themen ein. (Vgl. Ciesielski/Hryciuk/Srebrakowski 1993; Strzembosz 1996; Ciesielski 1996; 2003; Glowacki 1997) Heute, aus der Perspektive der vergangenen Jahre, kann man feststellen, dass zu den am häufigsten erforschten Themen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre eben die polnisch-sowjetischen Beziehungen, nicht nur in Fragen der Repressionen, sondern auch der Relationen zwischen der kommunistischen Macht in Polen und ihren Betreuern und Vorgesetzten in Kreml, gehörten.

Im April 1990 bekannte sich die UdSSR schließlich offiziell zu ihrer Schuld an der Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn. Danach konnten die Gesellschaft „Memorial“ und eine Gruppe unabhängiger russischer Historiker (Natalia Lebedieva, Valentina Parsadanova, Jurij Zoria) sowie einige KGB-Mitarbeiter die wichtigsten Dokumente aufzufindig machen – unter anderem wurde 1992 ein Schriftstück nach Polen gebracht, das die Hinrichtung der Polen bestätigt und die Unterschrift Stalins trägt. Zu dieser Zeit wurde auch ein Abkommen über die Zusammenarbeit polnischer und russischer Archive bei der Sammlung und Veröffentlichung von Dokumenten unterzeichnet. Zudem machte Russlands Präsident Boris Jelzin am 14. Oktober 1992 die bislang streng geheimen Dokumente von Berijas Geheimpolizei öffentlich und übergab sie dem polnischen Präsidenten Lech Walesa.

Es wurden umfassende Archivarbeiten durchgeführt, die mit Veröffentlichung der wichtigsten Dokumente endeten.¹¹ Außerdem erschienen einige wichtige Arbeiten russischer Historiker. Nun liegen vier umfangreiche Bände einer Editionsreihe mit dem Titel „Katyn – Dokumente eines Verbrechens“ vor, die Schlüsseldokumente über das Schicksal der polnischen Gefangenen enthalten. Das Gedenken am Hinrichtungs-ort selbst wurde institutionalisiert, nicht zuletzt nachdem im Zuge der Recherchen zwei weitere Grabstätten polnischer Gefangener entdeckt worden waren. Nach Abschluss der Exhumierungen wurden im Jahr 2000 in Katyn, Miednoje bei Twer und Piatichatki bei Charkow Soldatenfriedhöfe eingerichtet.

Die Veränderungen in Polen nach 1989 und die Öffnung der sowjetischen Archive waren für die Familien der Opfer von größter Bedeutung. Nun konnten Sie in der Öffentlichkeit ihrer Toten gedenken und die Erinnerung an sie weiterpflegen. Sie schlossen sich nicht nur in eigenen Organisationen (die sogenannten Katyn-Familien) zusammen, sie begannen außerdem in der Öffentlichkeit das Thema zu popularisieren.

In den 1990er Jahren wurde in Polen viel getan, um an das Leid der Polen in den ehemals polnischen Ostgebieten „Kresy“ zu erinnern. Es wurden neue Denkmäler errichtet und Forschungen unterstützt. Im Mittelpunkt stand immer die Katyn-Frage. Jedes Jahr fanden die Feierlichkeiten zur Erinnerung an den Mord der polnischen Offiziere mit Beteiligung der Regierung oder des Präsidenten statt. Besondere Feierlichkeiten wurden anlässlich des 65. Jahrestages des Mordes in Katyn im Jahre 2005

11 Katyń. Dokumenty zbrodni [Katyn. Dokumente eines Verbrechens]. 4 Bd. Warschau 1995-2006.

begangen. Der Staatspräsident, Aleksander Kwasniewski, ehrte russische Bürgerrechtler und Historiker, die sich für die Aufklärung des Mordes eingesetzt haben, mit hohen polnischen Auszeichnungen. Das Thema der stalinistischen Verbrechen wurde darüber hinaus in den Schulbüchern stärker berücksichtigt.

Einen besonderen Anstoß, sich mit dem Thema Katyn erneut zu beschäftigen, gab der Film des bekannten polnischen Regisseurs Andrzej Wajda unter dem Titel „Katyn“, der 2007 in den polnischen Kinos gezeigt wurde. Dieser Film wurde auch in Russland und in anderen Ländern gezeigt. Allerdings muss die in diesem Zusammenhang durchgeführte Meinungsumfrage nachdenklich stimmen:¹² 40 Prozent der Polen kannte die Wahrheit über Katyn nicht. Jeder zehnte Pole war der Meinung, an dem Mord seien die Deutschen beteiligt gewesen. Jeder fünfte Pole vertrat die Meinung, der Fall-Katyn sei noch nicht aufgeklärt. In diesen Ergebnissen sieht man noch den Einfluss der kommunistischen Propaganda, die den Mord an Polen nur mit Deutschland in Verbindung brachte und die sowjetische Verantwortung verschwieg. Man sollte die Hoffnung nicht aufgeben, dass in der Zukunft diese falsche Sichtweise keine Bedeutung mehr haben wird, vor allem aufgrund der besseren schulischen Ausbildung.

LITERATUR

- Arski, Stefan (1952): Propaganda ludobójców [Propaganda der Voelkermoeder], „Trybuna Wolności“, Nr. 10.
- Basak, Adam (1993): Historia pewne mistyfikacji. Zbrodnia katyńska przed Trybunałem Norymberskim [Geschichte einer Mystifizierung. Das Katyner Verbrechen vor dem Nürnberger Tribunal]. Wrocław.
- Borodziej, Włodzimierz (2006): Geschichte und Geschichtspolitik im demokratischen Polen, in: Franz Merli, Gerhard Wagner (Hg.): Das neue Polen in Europa. Politik, Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, Innsbruck, Wien, Bozen, 401-412.
- Ciesielski, Stanisław (1996): Polacy w Kazachstanie 1940-1946. Zesłancy lat wojny [Die Polen in Kasachstan in den Jahren 1940-1946], Wrocław.
- Ciesielski, Stanisław (Hg.) (2003): Przemiany narodowościowe na Kresach Wschodnich II Rzeczypospolitej 1931-1948 [Die nationalen Veränderungen in den östlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik in den Jahren 1931-1948], Toruń.
- Ciesielski, Stanisław, Grzegorz Hryciuk, Aleksander Srebrakowski (1993): Masowe deportacje radzieckie w okresie II wojny światowej [Die sowjetischen Massendeportationen während des Zweiten Weltkrieges], Wrocław.
- Czapski, Józef (1945): Wspomnienia starobielskie, Bolonia.
- Czapski, Józef (1947): Wspomnienia starobielskie [Erinnerungen an Starobielsk], Rzym.
- Czapski, Józef (1948): Zbrodnia katyńska w świetle dokumentów [Das Katyner Verbrechen im Lichte der Dokumente], Londyn.
- Czapski, Józef (1949): Na nieludzkiej ziemi, Paryż.
- Galecki, Lukasz und Basil Kerski (Hg.) (2000): Die polnische Emigration und Europa 1945-1990. Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur im Exil, Osnabrück.

12 Vgl. Eliza Olczyk, 40 procent Polaków nie zna prawdy o zbrodni katyńskiej [40% der Polen kennt die Wahrheit über das Katyn-Verbrechen nicht], in: „Rzeczpospolita“, 23.04.2007. Vgl. ferner Barbara Fedyszak-Radziejowska, Dzieje kłamstwa katyńskiego [Geschichte der Katyn-Lüge], in: „Rzeczpospolita“, 23.04.2007; Tylko elita pamięta? [Nur die Elite erinnert sich?], in: „Gazeta Wyborcza“, 16.09.2007.

- Garsztecki, Stefan (2008): Belarussische und polnische Diskurse über die Vergangenheit – Dekonstruktion, Mythologisierung oder Wahrheitssuche? In: Zdzisław Krasnodębski, Stefan Garsztecki, Rüdiger Ritter (Hg.): *Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen, Ukraine, Hamburg*, 331-380.
- Gibbon, Louis Fitz (1971): *Katyn. A Crime without Parallel*. London (deutsche Ausgabe: *Das Grauen von Katyn. Verbrechen ohne Beispiel*. Vlotho 1980).
- Głowacki, Albin (1997): *Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939-1941* [Die Einstellung der Sowjets gegenüber der Polen in den östlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik in den Jahren 1939-1941], Łódź.
- Głowacki, Albin (1998): *Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939-1941* [Das Verhalten der Sowjets gegenüber den Polen in den Ostgebieten der II. Republik 1939-1941]. Łódź.
- Grabowska, Alina (Hg.) (2002): *S. RWE. Wpomnienia pracowników Rozgłośni Polskiej Radia Wolna Europa* [Radio Free Europa. Die Erinnerungen von Mitarbeitern der Polnischen Abteilung des Radio Free Europe], Warszawa.
- Infeld, Leopold (1952): *Sprawa katyńska – nowa nikczemna prowokacja imperialistów amerykańskich* [Die Katyn-Frage – neue verleumderische Provokation der amerikanischen Imperialisten], „O trwałe pokój, o demokrację ludową”, Nr. 12.
- Jeremina, L. S. (Hg.) (1997): *Represji protiv poljakow i polskich grażdan* [Die Repressionen gegenüber den Polen und den polnischen Staatsbürgern], Moskwa.
- Kaiser, Gerd (2002): *Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis*, Berlin.
- Katyń. *Dokumenty zbrodni* [Katyn. Dokumente eines Verbrechens]. 4 Bd. Warszawa 1995-2006.
- Korek, Janusz (1998): *Paradoksy paryskiej „Kultury“*. Ewolucja myśli politycznej w latach 1948-1980 [Paradoxen der Pariser „Kultura“]. Die Evolution des politischen Denkens in den Jahren 1948-1980], Sztokholm.
- Kraft, Claudia (2006): Die Debatte über politisches Nationalbewusstsein und polnische Erinnerungskultur heute, in: Bernd Faulenbach, Franz-Josef Jelic (Hg.): „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, Essen, 93-112.
- Kultura i jej krag 1946-1986*. Katalog wystawy czterdziestolecia Instytutu Literackiego [Die Zeitschrift „Kultur“ und ihr Kreis 1946-1986. Ausstellungskatalog anlässlich des 40. Jahrestages des Instituts für Literatur], Paryz 1987.
- Lebiediewa, Natalia (1997): *Katyń. Zbrodnia przeciw ludzkości* [Katyn. Verbrechen gegen die Menschlichkeit], Warszawa.
- Lebiediewa, Natalia (1999): *Proces podejmowania decyzji katyńskiej* [Entscheidungsprozess in Sachen Katyn]. In: *Europa nieprovincjonalna. Przemiany na ziemiach wschodnich dawnej Rzeczypospolitej*. Hrsg. v. Krzysztof Jasiewicz. Warszawa.
- Loew, Peter Oliver (2008): *Helden oder Opfer? Erinnerungskulturen in Polen nach 1989*, in: *Osteuropa*, H. 6, 85-102.
- Łojek, Jerzy (1989): *Dzieje sprawy Katynia* [Die Geschichte des Falls Katyn]. Białystok.
- Mackiewicz, Josef (1949): *Katyn – ungesühntes Verbrechen*. Zürich, 2. Auflage 1987.
- Madajczyk, Czesław (1989): *Dramat katyński* [Das Katyn Drama]. Warszawa.
- Madajczyk, Czesław (1990): *Pamiętniki znalezione w Katyniu* [In Katyn gefundene Tagebücher]. Wrocław.
- Madajczyk, Piotr (2004): Die polnische Erinnerung an die deutsche und sowjetische Besatzungspolitik während des Zweiten Weltkrieges, in: Wolfgang Benz (Hg.): *Wann ziehen wir endlich den Schlussstrich? Von der Notwendigkeit öffentlicher Erinnerung in Deutschland, Polen und Tschechien*, Berlin, 95-112.
- Madajczyk, Piotr (2007): *Kriegserfahrung und Kriegserinnerungen: Der Zweite Weltkrieg in Polen*, in: *Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung*, hrsg. von Joerg Eckterkamp und Stefan Martens, Paderborn, 97-111.

- Madajczyk, Piotr (2007/2008): Krieg und seine Folgen, T. 1: Historiographie der Opferdiskurse in Polen und Deutschland, in: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften*, F. 1, 65-120.
- de Montfort, Henri (1966): *Le Massacre de Katyn*, Paris.
- Nijakowski, Lech M. (2008): *Polska polityka pamięci. Szkic socjologiczny [Polnische Geschichtspolitik. Eine soziologische Skizze]*, Warszawa.
- Odojewski, Włodzimierz (2007): *Katyń. Milczący, niepokonani [Katyn. Schweigende, Unbesiegte]*. Warszawa.
- Popinski, Krzysztof, Aleksander Kokurin, Aleksander Gurianow (1995): *Drogi śmierci. Ewakuacja więźniów sowieckich z Kresów Wschodnich II Rzeczypospolitej w czerwcu i lipcu 1941 [Die Wege des Todes. Die Evakuierung der sowjetischen Gefängnisse aus den östlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik im Juni-Juli 1941]*, Warszawa.
- Ruchniewicz, Krzysztof (2003): *Zeitgeschichte in Polen nach 1989. Forschungsschwerpunkte, „weiße Flecken“ und historische Kontroversen*, in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte*, Bd. 4, München, 39-69.
- Ruchniewicz, Krzysztof (2006): *Die Erinnerung an die Opfer des Stalinismus als Thema öffentlicher Diskussion in Polen*, in: Bernd Faulenbach, Franz-Josef Jelich (Hg.): *„Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989*, Essen, 79-92.
- Siedlecki, Julian (1990): *Losy Polaków w ZSRR w latach 1939-1986 [Das Schicksal der Polen in der UdSSR in den Jahren 1939-1986]*, Gdańsk.
- Snopkiewicz, Jacek, Andrzej Zakrzewski (Red.) (1992): *Dokumenty Katynia. Decyzja*. Warszawa.
- Strzembosz, Tomasz (Hg.) (1996): *Okupacja sowiecka (1939-1941) w świetle tajnych dokumentów. Obywatele polscy na kresach polnocno-wschodnich II Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką w latach 1939-1941 [Die sowjetische Okkupation (1939-1941) im Spiegel der geheimen Dokumente. Die polnischen Bürger in den nördlich-östlichen Ostgebieten der Republik Polen unter sowjetischer Okkupation in den Jahren 1939-1941]*, Warszawa.
- Szalewski, Zbigniew (1952): *Reżyserzy prowokacji katyńskiej [Die Regisseure der Katyn-Provokation]*, „Po prostu”, Nr. 11.
- The Katyn Forest Massacre: *Hearings before the Select Committee to Conduct an Investigation of the Facts. Evidence and Circumstances of the Katyn Forest Massacre*. Washington 1951-1952.
- Traba, Robert (2006): *Historia – przestrzeń dialogu [Geschichte als Dialograum]*, Warszawa.
- Zawodny, Janusz K. (1971): *Zum Beispiel Katyn. Klärung eines Kriegsverbrechens*. München (US-Ausgabe u.d.T.: *Death in the Forest – The story of the Katyn Massacre*. Notre Dame, Indiana 1962).
- Zawodny, Janusz Kazimierz (1989): *Katyń. Z przedmową Zbigniewa Brzeskiego*, Lublin-Paryż.